

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmänner, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Rachenlofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glaserien, in Bager- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erstausgabe wöchentlich Sonnabends, Monatsbezugspreis 1.- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Abos Montag früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 17. Dinstag 7650, 7651, 6240, Poltsch. Berlin 6232.

Bankkonto: Kant der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale. Geschäftsangelegen nach Karte durch „Werba“, Berlin SW 11.

Streifzug durch das Nazilager.

Massennot und Verzweiflung weiter Bevölkerungsschichten treiben politischen Abenteurern immer neue Scharen Anhänger zu. Namentlich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei saugt aus den Glendbüchsen Honig. Ihre großen Wahlerfolge steigen den Führern zu Kopf, und sie gebärden sich heute schon so, als ob sie bereits an der Staatsmacht und die allein-gebietenden Herren über Leben und Tod aller deutschen Staatsbürger wären. So bemerkte kürzlich der frühere Heimkrieger und jetzige nationalsozialistische Führer Frick in einer Versammlung in Frankfurt a. d. O., die Nazis würden nach ihrer Nacht-ergreifung den Marxismus in Deutschland mit Stumpf und Stiel austrotten, wobei einige zehntausend sozialistische Funktionäre zu Schaden kommen könnten. Das ist allerdings nackte Nordbege. Aber es findet sich keine Staatsgewalt, die dem Einhalt gebietet. Nur das Reichsbanner rüffel und befindet sich in Alarmbereitschaft. Und wenn es hart auf hart gehen sollte, dann werden sich auch die Männer von der KPD, zu unterscheiden haben. Auch um ihre Köpfe dürfte dann gewürfelt werden ...

Schrittmacher der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sind das große Glend und eine geradezu tollstolze politische Verfahrenheit und Unwissenheit. Denn wer die Worte und Taten der Führer dieser Terrorpartei auch nur oberflächlich überfliehet, der findet, daß diese Partei eine üppig ins Kraut gewachsen politische Verzerrung, ein einziger ausgekochter Schwindel ist. Sie nennt sich „sozialistisch“, will aber den Sozialismus mit Stumpf und Stiel austrotten. Sie nennt sich „Arbeiterpartei“, ihre Führer aber aalen sich bei ihren „Aufklärungsfahrten“ im sechsstigen Mercedes, logieren nur in erstklassigen Hotels, dinieren mit Vankherren und Schwerindustrieurteilen, kaufen Brudergläse aus mit militärischen Großpensionären und knien in Ehrfurcht vor ehemaligen Prinzen und abgehalfterten Fürsten. Diese Kreise erwarten von den Nazis allerdings das Heil. Wonne- und zukunftsstrunken ernennen sie sich zu Mitgliedern dieser „Arbeiterpartei“. Und die Proleten, die sich dieser „Partei“ mit Haut und Haaren verschrieben haben, sind entweder denk-schwache, genasführte Arbeiter, unmissende Jünglinge und Jungfrauen oder brutale Landknechtstaturen, die in rohen Kaufereien ihre Lebensaufgabe erblicken ...

Das Glend macht politisch unklare Menschen hilflos. Sie taumeln von einem Extrem ins andere, fühlen aber ihre Not und wünschen, daß es anders werde. Das „andere“ versprechen ihnen die Nationalsozialisten. Ob das andere aber besser ist, erscheint vollkommen ausgeschlossen. Das verraten jedem Sehenden gelegentliche Äußerungen und Zeitungsnutzen aus diesem Lager. So lägen die Nationalsozialisten unter anderem je nach Bedarf den Arbeitern vor, sie seien „Gewerkschaftsfreundlich“. Wie steht es damit? In der Dienstnummer 969/31 der Reichsführerschule der NSDAP. lesen wir folgendes:

„Beim Aufbau des neuen Wirtschaftskörpers sind sechs große Aufgaben zu erfüllen: Die Regelung der gesamten Arbeitsverhältnisse, die gesetzlichen Anordnungen werden auf dem Gesetzeseuge vom Staat erlassen, die Einzelheiten über Urlaub, Lohn usw. werden hier festgelegt. Grundlag: keine Tarifverträge wie heute, sondern Existenzminimum. Aussperrung und Streik werden nicht geduldet. Die Arbeitslosenversicherung wird nicht auf dem Wege der heutigen Gesetzgebung ausgeführt. Die Einsparungen hierfür erfolgen auf ein persönliches Konto. Dies steht dem einzelnen zur Verfügung bei Krankheit, bei Niederkunft der Frau, bei Anstellung.“

Danach sind im sagenhaften Dritten Reich die Gewerkschaften verboten, keiner darf streiken, Tarifverträge gibt es nicht, die Sozialversicherung ist abgeschafft. Der Nazi-Vormund zieht dem Arbeiter wöchentlich vom Lohn eine gewisse Summe ab und spart

sie für ihn, auf daß der Arbeiter dann in Notfällen des Lebens etwas zu beissen habe. Der Unternehmer ist im Nazireich von Sozialbeiträgen befreit. Dafür erhält der Arbeiter nur noch ein „Existenzminimum“. Wie ein solches „Existenzminimum“ aussehen mag, ergibt sich aus den „Löhnen“, die die NSDAP. ihren stets in Bereitschaft gehaltenen Landknechten zahlt. Der Nationalsozialistenführer Gregor Strasser war in diesen Fragen noch deutlicher. Kalkschänzig erklärte er 1930 in einer Versammlung in Leipzig:

„Zehn Gesetze haben den ganzen Dreck auf Landesverräter werden gehängt. Streikende werden erschossen. Und es wird nicht viele geben, die sich deshalb an die Wand stellen lassen.“

Da habt ihr die „Gewerkschaftsfreundlichkeit“ der Männer des Dritten Reichs in Naturtreue! Und was sagte der Mann aus Braunau, Adolf Hitler, anlässlich des Berliner Metallarbeiterstreiks im Herbst 1930, als Teile der Nazis Miene machten, diesen Streik zu unterstützen? Er dekretierte, daß die NSDAP. „unter Wahrung dieser tatsächlichen Einstellung eine solche Lage einzunehmen habe, die klar erkenntlich mache, daß für die Nationalsozialisten eine Einheitsfront mit den Gewerkschaften für heute und immer ausgeschlossen ist“. Die Lohnpolitik der NSDAP. hat übrigens ihre besondere Seite. Erst kürzlich wurde berichtet, in Kattenberg (Sollstein) befinde sich eine SZ-Schule mit einer Besatzung von 80 Mann. Die Leute würden dort ausgebildet, verpflegt und erhielten ein Taschengeld von 15 Pf. je Tag. In ihrer Freizeit mußten sie bei den Nazibauern der Umgebung Entearbeit leisten, wofür sie täglich 50 Pf. Lohn erhielten. Unter einem solchen Lohn versteht man im Dritten Reich jedenfalls das der Arbeiterpartei zuzubilligende „Existenzminimum“. Zu demselben Thema gehört auch eine Mitteilung der „Schwarzen Front“. Dieses nationalsozialistische Blatt teilte am 31. Oktober 1931 mit, der Rittergutsbesitzer Peter Presenske in Witow auf Rügen, natürlich frammer Nationalsozialist, beschäftige SZ-Leute und polnische Schnitter. Er zahle den armen SZ-Leuten für den Morgen Zuckerrüben 15 M., dagegen zahle er den polnischen Schnittern je Morgen 18 M. In beiden Fällen ist die Lohnhöhe geradezu frapperend. Und es spricht für den besonderen „Nationalismus“ dieses Rittergutsbesitzers, der ausländischen Arbeitern einen höheren Lohn zahlt als den „rauben“ Kämpfern seiner eigenen Partei ...

Soviel über die „Gewerkschaftsfreundlichkeit“ der NSDAP. Wie sieht es nun mit dem Sozialismus, mit der „Egnerschaft“ der Nationalsozialisten gegenüber dem Privateigentum aus? Im „Wirtschaftlichen Beobachter“ (Scrib am 31. Oktober 1931 Gottfried Feder, der Wirtschaftsprgrammattiker der NSDAP.:

„Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz. Der Nationalsozialismus erkennt auch das Erbrecht an, da für ihn die Familie die wichtigste soziale Zelle ist. Das Recht auf den Arbeitsvertrag darf nicht so ausgelegt werden, als sei es jemals möglich, den Verkaufswert des Produkts zur Lohngrundlage zu machen.“

Der letzte Satz ist nicht ganz klar formuliert. Aber auch er kann nur als Bekenntnis zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Mehrwertwirtschaft gedeutet werden. Derselbe Feder erklärte in einer Versammlung in Jesterloh nach dem nationalsozialistischen „Wirtschaftlichen Beobachter“ vom 28. Oktober 1931, daß „in der Produktion und im Verbrauch niemals sozialisiert werden“ dürfe. Wehlich sprach während des stürmischen Landtagswahlkampfes 1929 der nationalsozialistische Gauleiter Sauckel in Meinungen. Er sagte: „Die Nationalsozialisten sind keine Sozialisten. Die heutige Gesellschaftsordnung und die Wirtschaftsordnung

muß erhalten bleiben. Das Privateigentum an beweglichem und unbeweglichem Kapital bleibt erhalten. Nur Juden dürfen keins besitzen. Unsere Nazis sprechen mit dem Arbeiter mit Hilfe der Faust. Diese Sprache versteht er am besten. Die Nationalsozialisten sind stolz darauf, einzuziehen in die Arbeiterpartei und deren Organisationen zu zerstören.“

Interessant ist auch, was der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Münchmeyer im Jahre 1930 erklärt hat. Er sagte in einer Versammlung, „wenn die Nationalsozialisten regieren, dann würden 20 000 Beamte sofort und ohne Pension entlassen.“ Solche Äußerungen illustrieren die „Arbeiter- und Angestelltenfreundlichkeit“ der Nazis in treffender Weise. Hier kommt das „wohlerworbene Pensionsrecht“ nicht in Frage. Was kommt nur in Frage, wenn es sich um unfähige pensionierte Generale oder abgehalfterte Fürsten und Prinzen handelt. Denen gesteht diese „Arbeiterpartei“ ohne weiteres das „wohlerworbene Pensionsrecht“ zu. — Noch einige Deutlichkeiten über die Einstellung der Nationalsozialisten zur Sozialversicherung. Die nationalsozialistische „Nationalzeitung“ (Scrib am 24. Oktober 1931:

„Der Direktor der Oberösterreichischen Handelskammer hat mit Recht rücksichtslos die Einschränkung der Ausgaben der öffentlichen Hand gefordert. Diese Forderung darf und soll man aber auch ausdehnen auf die große Institution der Sozialversicherung.“

Das ist jedenfalls deutlich. Noch deutlicher aber war der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Adolf Wagner, als er im Juli 1930 in einer Versammlung in München erklärte, die Sozialgesetzgebung sei eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden.“

Und nun zum Schluß noch eine Stillblüte aus der nationalsozialistischen „Pretschischen Zeitung“ vom 29. Oktober 1931. In einer Betrachtung über den Ausfall der englischen Wahlen heißt es da:

„Wenn wir die Weltergebnisse in Deutschland in der letzten Zeit mit dieser englischen Wahl vergleichen, so bedeuten auch sie mit ihrer starken Zunahme des nationalen Sozialismus (?) den entschlossenen Willen des nordischen Herrenbluts, die rebellierenden Massen der Minderwertigen im Zaume zu halten.“

Da haben wir die Pastete! Hitler, der Mann aus Braunau, alle Nazileuchten samt ihren „rauben“ Kämpfern von Braunau, wofür, vom Berliner Kurstendamm und sonstwohin „nordisches Herrenblut“. Und alle sonst noch in Deutschland herumkrabbelnden Menschen, und sei es auch der berühmte Physiker Einstein, gehören zu den „rebellierenden Massen der Minderwertigen“, die man im Zaume halten müsse ...

Das sind einige Streiflichter aus dem Lager des modernen Nationalsozialismus. Von Nationalismus keine Spur; man knobuckelt in gleicher Weise vor dem Oesterreicher Hitler wie vor dem Italiener Mussolini. Und polnischen Landarbeitern zahlt man einen Taler Mehrlohn als den eigenen deutschen Parteigenossen. Und was es in dieser Partei mit dem Sozialismus, der Sozialpolitik und der Gewerkschaftsfreundlichkeit auf sich hat, das haben wir in diesem Aufsatz ausreißend nachgewiesen. Trotzdem laufen heute dieser Schwindelpartei viele Arbeiter nach. Spürt denn keiner, wohin diese Partei es treiben möchte? Hat die Not die Wehrte demgegenüber gewirkt, daß jedes folgerichtige Denken aussetzt? Es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiterpartei begreift, was es mit dieser Partei an Fortschritt, Arbeiterfreundlichkeit, Gewerkschaftsfreundlichkeit und Sozialpolitik auf sich hat. Die Arbeiterpartei sollte endlich begreifen, daß aus der Not nicht holtfindende und lügendhafte Phrasen führen, sondern die organisierte Entschlossenheit aller Arbeiter und Arbeiterinnen, um einem solchen Spuk und politischen Unfug ein Ende zu machen!

Die Lebensfrage des Wohnungsbau.

Der Wohnungsbaue zeichnet sich vor allen anderen Gebieten der Wirtschaft aus, daß er nicht in einer Summe, sondern in mehreren Abschnitten finanziert wird. Wenn beispielsweise eine Behörde einen Bau errichten will, pflegt sie sich das dazu nötige Geld durch eine Anleihe zu beschaffen, sofern sie es nicht den Steuermitteln entnehmen kann. Wer Wohnungen bauen will, ist aber in einer wesentlich schmerzlicheren Lage. Es ist ihm unmöglich, das ganze Geld von einer einzigen Stelle zu erhalten; er muß sich vielmehr bemühen, von der einen Stelle eine erste Hypothek, von der anderen eine zweite und gegebenenfalls auch noch eine dritte Hypothek zu bekommen. Wenn ein Bau 100 000 M kostet und dem Bauantraggeber dazu nur 10 000 M fehlen, müssen ihm die verbleibenden 90 000 M überhaupt nicht; er kann nicht mit dem Bau beginnen.

Die Schwierigkeiten der Selbstbeschaffung treten nun in der Regel bei der zweiten Hypothek auf, während die erste Hypothek von ihnen verfehlt ist. Selbst schwere Vertrauenskrise können das Kapital nicht hindern, in ersten Hypotheken Anlage zu suchen, die die gegenwärtigen Verhältnisse beweisen. Die Befürchtungen, die man über die Kurse der Pfandbriefe, den Gegenwert der ersten Hypotheken hatte, erweisen sich selbst in dieser schwersten aller Krisen als gegenstandslos, und für die Spareinlagen, die gleichfalls etwa zur Hälfte in ersten Hypotheken angelegt werden, gilt dasselbe. ... Voran beruht nun diese Vorrangstellung der ersten Hypothek? Darauf, daß sie besondere gesetzliche Vorteile genießt, die man gewöhnlich, wenn auch nicht hinreichend genau, mit dem Vorzug minderbefreit erklärt. Was als minderbefreit gilt, ist dadurch hervorzuheben, daß die Gesetzgebung minderbefreit bei der Kapitalanlage vorschreiben und daß minderbefreite Forderungen im Geschäftsverkehr besonderen Vorrang genießen. Zum Beispiel ist sämtlichen Versicherungsträgern öffentlicher und privater Natur vorgeschrieben, daß die Reserven, aus denen die Ansprüche der Versicherten zu decken sind, minderbefreit oder in Papieren, die gegen minderbefreite Forderungen ausgegeben werden, angelegt werden müssen. Auf diese Weise werden riesige Beträge auch in Zeiten schlechtester Konjunktur minderbefreiten Anlagen und damit auch dem Markt für erste Hypotheken zugeführt. Die zweite Hypothek hat keine Vorrangstellung irgendwelcher Art. Daraus ergeben sich bemerkenswerte Schwierigkeiten, denn die großen Kollektivvermögen (Versicherung und Sparkassen) sind zum Erwerb zweiter Hypotheken ebenso ausgeschlossen wie die Minderbefreiten. Hieraus folgt weiter, daß das Geld für zweite Hypotheken nicht aus der Massenparkart aufgebracht werden kann, so daß zur Deckung des notwendigen Bedarfs nur große Einzelkapitalien zur Verfügung stehen. Da es solche Kapitalien, am Bedarf gemessen, nur in ganz unzureichendem Maße gibt, und ein Teil dieser Kapitalien des großen Risikos wegen die Anlage in zweiten Hypotheken scheut, ist der größte Teil des Bedarfs an zweiten Hypotheken immer ungedeckt.

Dieser Zustand war in den letzten Jahren durch die Hauszinssteuerhypothek bedingt. Der für den Wohnungsbau bestimmte Anteil aus dem Hauszinssteuerertrag wurde nämlich regelmäßig an letzter Stelle gegeben. Falls die Hauszinssteuer aber, wie es die Regierung will, so wird mit einem Schlag die Frage wieder aufzuwerfen, woher die zweiten Hypotheken kommen sollen. Für die Finanzierung werden sich dann ungewöhnliche Schwierigkeiten ergeben, wie wir aus den Erfahrungen der Vorkriegszeit wissen. Die jetzigen Schwierigkeiten werden aber um ein Vielfaches größer sein als die damaligen, denn vor dem Kriege lebten wir in einer Art dauernden Kapitalüberflusses, heute aber in ständiger Kapitalnot.

Die Regierung hat nun durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 weitgehend, als ob es für die Hauszinssteuerhypothek Zinszuschüsse einzuführen. Dieser Zuschuß ist natürlich unzulänglich, denn die größten Zinszuschüsse nützen nichts, wenn kein Kapital vorhanden ist. Die Regierung sieht mit schönem Gottvertrauen in die Zukunft, ohne hier für irgendeine Begründung geben zu können. Seit die Hausbesitzer ihren Wunsch vorgebracht haben, die Hauszinssteuer zu beseitigen, taucht hier und da schon die Erkenntnis auf, daß es für die deutsche Wirtschaft eine Katastrophe bedeuten würde, wenn man diesem Wunsch nachkäme, ohne vorher Ersatz für den dann fehlenden zweiten Hypotheken bedacht zu haben. Man sagt mit Recht, daß es nicht angänglich sei, den dreifünftel Millionenbetrag an Hauszinssteuerhypotheken, der auch in diesem Jahr noch den Wohnungsbau an letzter Stelle finanziert, ohne weiteres zu streichen und verlangt, daß die noch verfügbaren Mittel in einer Weise vermindert werden, die wenigstens eine dauernde Sicherung für einen Zufluß zweiter Hypotheken aus Privatkapital schafft. Solcher Möglichkeiten gibt es einige und es ist anzunehmen, daß die Regierung die eine oder andere wählen wird. Die Hausbesitzer haben es natürlich bewußt vermieden, auf diese Seite der Hauszinssteuer einzugehen. Sie konnten das auch umso weniger, als sie immer wieder betonten, die Beseitigung der Hauszinssteuer solle der Kapitalbildung dienen. Die Unsinnsigkeit dieser Begründung liegt auf der Hand, denn die Hauszinssteuer ist selbst Kapital, soweit sie nicht für den allgemeinen Finanzbedarf verwandt wird. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, ist es aber zunächst einmal gleichgültig, ob das Kapital zwangsweise oder freiwillig, bei der öffentlichen Hand oder beim Privatmann gebildet wird, sofern sie hier wie dort den gleichen Umfang annimmt. Da man jedoch in Rechnung stellen muß, daß die freiwillige Kapitalbildung sehr viel beschleunigter ausfällt als die zwangsweise, ist der Verzicht auf die Hauszinssteuer gleichbedeutend mit Verzicht auf Kapitalbildung im bisherigen Umfang. Damit läuft also die Beseitigung der Hauszinssteuer dem Wunsch nach Förderung der Kapitalbildung jwider. Es kommt noch hinzu, daß es nicht gleichgültig ist, unter welchen Umständen die Kapitalbildung vor sich geht und wie das Kapital verwendet wird. Auch unter diesem Gesichtspunkt verdient die zwangsweise Kapitalbildung mit Hilfe der Hauszinssteuer unbedingt den Vorzug.

Europäische Wohnungspolitik.

Selbst Jahren kämpfen die Unternehmer gegen die Befähigung der öffentlichen Hand in der Bauwirtschaft. Mit immer neuen Argumenten suchen sie ihre Unfähigkeit zu wirtschaftlicher Tätigkeit zu beweisen. Sie stellen die Dinge stets so dar, als ob es öffentliches Bauen nur in Deutschland gäbe, wo es einem ungewissen Liebermut entsprungen sei.

Es ist kürzlich wieder rüchsten die maßgebenden Unternehmerverbände eine neue Eingabe an die Regierung, in der sie die Befähigung der Hauszinssteuer und damit der öffentlichen Bauwirtschaft mit unzureichenden Argumenten forderten. Die Hauszinssteuer bildet aber noch heute in Deutschland das Rückgrat der gesamten Bauwirtschaft. Fällt sie, so verlieren die letzten Quellen zur Finanzierung des Wohnungsbau, denn bei den gegenwärtigen Zinssätzen und den Baukosten ist ein rentables privatwirtschaftliches Bauen unmöglich.

Der kommunale und staatliche Wohnungsbau nach dem Kriege entsprang keiner Laune eines Bürokraten oder den Wünschen einer politischen Partei, sondern er war die notwendige Folge des Krieges und seiner Auswirkung auf den Baumarkt. Vier schwere Jahre, von 1914 bis 1918, sind keine Wohnungen gebaut, aber jedes Jahr ist gebetet worden. Neue Familien waren entstanden, die Wohnungen brauchten. Doch damals ging Kriegsmaterial vor. Bereits bei Kriegsende bestand ein akuter Wohnungsmangel, der sich in den nächsten nachfolgenden Inflationen während dieser Zeit noch verschärfte. Aber auch in den Ernteten, die keine Inflation durchzumachen hatten, war der Mangel so groß, daß er durch private Initiative nicht zu beheben war. Außerdem forderte die Arbeiterfrage, gelöst auf ihren gestiegenen politischen Einfluß, bessere und hygienisch einwandfreie Wohnungen als in der Vorkriegszeit. In allen Ländern mußte gebaut werden; die Bauoffizianten bekamen gute Zeiten. Sie erprobten ihre Preise maßlos, trotz Rationalisierung, so daß der Baukostenindex über jeden anderen Index stieg. Rentables Bauen mit Privatkapital war unter diesen Umständen nur für teure Luxuswohnungen möglich. Für Mittelstands- und Arbeiterwohnungen mußten staatliche Mittel herangezogen werden.



Kampf um die Bezirks-Lohnstarifverträge.

Fast alle Länder waren in dieser Zwangslage, gleichgültig, ob sie eine Inflation erlebt hatten, oder sie im Kriege siegreich oder besiegelt gewesen waren. Die Bewegung des öffentlichen Bauens erfolgte ganz Europa. So sind in Großbritannien kaum 30% aller Kriegskriegswohnungen von Privatunternehmern ohne staatliche Zuschüsse erbaut worden. Die Art der Finanzierung war je nach der staatlichen und wirtschaftlichen Struktur der Länder verschieden. In den einen gewährte der Staat oder die Stadt Zinszuschüsse zu den Baukosten, in anderen wurde das angelegte Kapital garantiert, im dritten wurden Zinsgarantien für nachstellende Hypotheken gegeben und in wieder anderen Geld zu verbilligten Zinsen als nachstellende Hypothek. Alle Maßnahmen dienten zur Verbilligung der Mieten. In einigen Fällen bestiftete sich der Staat oder eine staatliche Instanz auch selbst als Baufinanzierer.

Mit Hilfe dieses Systems war es in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich, weitestgehend die schlimmsten Schäden des Krieges und der Inflation zu beseitigen. Nur durch diese staatlichen Eingriffe gelang es, Kapital in die Bauwirtschaft zu lenken. Trotz der Staatsbeihilfen sind die Mieten aber für die Arbeiterfrage noch immer untragbar hoch. Es bleibt deshalb die Forderung der Zukunft, öffentliche Mittel nur noch für Arbeiterwohnungen einzusetzen und durch Druck auf die überhöhten, Baukostenpreise den breiten Schichten Zugang zu einer hygienisch einwandfreien Wohnung zu schaffen. Nur dadurch wird es auch möglich sein, den Baumarkt wieder aktivitätsfähig zu machen, der zur Zeit unter mangelnder Wohnungsfrage leidet. Nicht das Wohnungsbedürfnis ist zur Zeit befriedigt, sondern die Wohnungsuchenden können bei geringem Einkommen die Mieten nicht bezahlen.

Eine große Rolle spielen seit dem Kriege in allen Ländern die gemeinnützigen Baugesellschaften. Sie haben gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich an Bedeutung gewonnen. Selbst bei Rückgang der staatlichen Baufinanzierung werden sie ihren Platz behaupten, denn sie haben sich in der Zwischenzeit eine breitere finanzielle Basis, eine bessere Organisation und größere Kenntnisse verschafft, so daß sie in freier Konkurrenz neben dem Privatkapital ihren Mann stellen können. Vor allen Dingen aber sind sie im Denken der breiten werktätigen Massen so stark verankert, daß ihre Bedeutung wohl zurückgehen, aber nicht erlöschen kann.

Das Baugewerbe in ganz Europa steht in den nächsten Jahren vor wichtigen Aufgaben. Es ist seit dem Krieg bei weitem nicht gelang, den Wohnungsmangel auch nur einigermaßen auszugleichen. 250 000 bis 300 000 Wohnungen jährlich sind in Deutschland im nächsten Jahrzehnt erforderlich. Das dürfen aber keine Mittelstandswohnungen, es müssen Arbeiterwohnungen sein. Und ihr Preis muß so gehalten sein, daß der Arbeiter sie auch bezahlen kann. In dieser Richtung muß der staatliche Einfluß und Nachapparat eingesetzt werden. Wohnungspolitik wird immer mehr zu einem Stück der Sozialpolitik.

Soll unser Bund auch Bücher unterhaltenden Inhalts herausgeben?

Viele Bundesmitglieder werden hierzu „Nein“ sagen und dies damit begründen, daß der Buchhandel nicht zu den gewerkschaftlichen Aufgaben gehört. Dem wäre grundsätzlich zuzustimmen, soweit es sich nicht um Werke handelt, die dem Bund zur Belehrung und Festigung seiner Mitglieder besonders geeignet erscheinen. Und von diesem Gedanken ließ sich unser Bundesvorstand leiten, als er sich entschloß, das Buch „Die Baraber vom Waldensee“ in eigenem Verlag herauszugeben. Das Buch ist von einem Bauarbeiter über und für die Bauarbeiter geschrieben und in gewissem Sinne das erste seiner Art innerhalb der gesamten Gewerkschaftsliteratur, weil es innerstädtische Erfahrungen und anderes Wissen um das „Bauarbeiterleben“ in unterhaltender, fesselnder Form vermittelt. Lieber das Buch selbst ist schon verschiedentlich im „Grundstein“ geschrieben worden. Durch die Herausgabe des Werkes im eigenen Verlag brauchen bei dem gut ausgestatteten Buch als Verkaufspreis nur die Herstellungskosten berechnet werden, das heißt Gewerkschaftsmitglieder haben ungefähr nur die Hälfte des Verkaufspreises zu zahlen, den der Buchhandel berechnet hätte.

Mancher Bücherfreund unter den Bauarbeitern wird nun erwidern: „Das ist alles ganz gut und schön, aber ich habe als Arbeitsloser nicht einmal die 3 M, um das verbilligte Buch zu kaufen.“ Auch mancher in Arbeit stehende Bücherfreund wird einwenden: „Mein harter Verdienst reicht nicht einmal zum Altermontagslohn, geschweige denn zur Befriedigung kultureller Bedürfnisse.“ Solche Einwände sind heute ganz gemäß bei den meisten, aber trotz der allgemeinen Not nicht bei allen Mitgliedern berechtigt. Unter rund 450 000 Mitgliedern des Bundes befindet sich bestimmt noch eine erhebliche Anzahl, die sehr wohl kulturelle Bedürfnisse befriedigen können, und darunter ist leider mancher Kollege, der das hierfür aufgewendete Geld indirekt für die privatkapitalistische Propaganda ausgibt, indem er sich rechtshexische Setzungen und Zeitchriften kauft oder gar bürokratische Risikoprämien kauft. Derartige Literatur zu unterstützen, heißt den Feind mit Munition zu versorgen.

In der proletarischen Literatur ist allerdings nur von Not und Arbeit, von Unterdrückung und Kämpfen die Rede. Die proletarische Unterhaltungsliteratur des Arbeiterdichters und -schriftstellers muß die geistige Brücke schlagen zwischen der klaffenbewußten und der passiven noch bürgerlich eingestellten Arbeiterklasse. Dazu gehört aber, daß zum mindesten die besten Werke der Arbeiterdichterschaft und -dichter gedruckt und verbreitet werden und nicht als Manuscript in Schreibruckschubladen der Deffektivität verborgen bleiben, weil kein Verlag das mit der Herausgabe solcher Werke verbundene Risiko übernehmen will. Die Folgen einer Behinderung der proletarischen Literatur von der materiellen Seite her lassen sich un schwer übersehen. Die Arbeiterbewegung wird idearm; je weniger die Bewegung aus eigener Kraft geistig befruchtet wird, desto mehr kann natürlich die bürgerliche Literatur als unheimliches Gift unter der Arbeiterklasse wirken. Die große Anhängerschaft der sozialistischen Bewegung in Deutschland zeigt mit Recht die Wichtigkeit der überwindlichen geistigen Einfluß der Klassengegner bei der Arbeiterfrage. Wegen dieses verderblichen Einflusses muß jeder klassenbewußte Arbeiter kämpfen. Wenn auch der Arbeitslose nicht in jedem Fall die proletarische Literatur materiell unterstützen kann, er kann aber dafür unter seinen wirtschaftlich bessergestellten Kollegen werden, so daß diese die Schriften der Arbeiterbewegung nicht nur lesen, sondern auch kaufen.

Wir brauchen uns hier nur an unsere Affen, den Gründern der Gewerkschaften, ein Beispiel nehmen. Sie bekamen ihre Gewerkschaftszeitung nicht kostenlos zugeführt, sie mußten das Blatt kaufen. Sie hatten schnell die Augen für den Wert der Zeitschriften erkannt und opfernten für sie, obwohl viele unter ihnen nicht einmal das Äquivalent von 10 Pfennigen zum Leben hatten. Es war Ehrenpflicht, die Schriften des Verbandes nicht nur zu lesen und zu verbreiten, sondern auch zu kaufen. Gerade diese Opferwilligkeit im Kampf mit geistigen Hilfsmitteln war der stärkste Antrieb zum Aufstieg der Gewerkschaften zu ihrer heutigen Größe und politischen Bedeutung. Kein Mitglied wird wünschen, daß die Gewerkschaften in ihrem heutigen Zustand erstarren. Zu ihrer Lebenserhaltung gehört aber vor allem das Suchen der geistig Regimenter nach Wegen zum Aufstieg der Weltkammer der Bauarbeiter unter der Mitglieberschaft. Nicht allein durch den Gewinn neuer Mitglieder haben sich die Gewerkschaften zu stärken, sondern durch die Erziehung der Mitglieder zu wirklichen Gewerkschaftern. Viel zu zahlreich sind immer noch die Mitglieder, die mehr oder minder widerwillig ihrer Beitragspflicht genügen, an den gewerkschaftlichen Tageskämpfen jedoch nur dann interessiert sind, wenn sie unmittelbar davon betroffen werden; die nur Verammlungen besuchen, wenn sie streiken oder ausgesperrt sind, die von ihrer Gewerkschaft besonders eindrucksvoll eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung fordern, politisch aber niemals sogar die Gegner ihrer eigenen Wirtschaftsorganisation unterstützen.

Aus diesen unsicheren Konnotationen müssen durch unermüdete Aufklärungsarbeit überzeugte Kämpfer werden. Unser Bundesvorstand handelt klug, wenn er sich dazu auch der Unterhaltungs-Literatur als Hilfsmittel bedient. Ein den Bundesfunktionären liegt es, dafür zu sorgen, daß das erste im Bundesverlage herausgegebene Werk dieser Art unter den Mitgliedern bekannt wird. Bücher sind „Die Baraber vom Waldensee“ - besonders auch von Bauarbeitern - nur günstig beurteilt worden. Der Zweck des Buches wäre natürlich verfehlt, wenn das den Baugesellschaften zur Ansicht zugestellte Exemplar in irgendeinem Bücherhändler unter anderen Schriften vergraben wird, oder gar in der Privatbibliothek eines Funktionärs einen Weg beendet. Der gut gemeinte Versuch des Bundesvorstandes darf nicht mißglücken, zumal von den Funktionären selbst schon häufig darüber geklagt wurde, daß viele Mitglieder die Schriften des Bundes nicht gern lesen, weil ihnen der zum Zeit nächsterne wissenschaftliche Inhalt zu schwer verständlich erscheint. Nun wohl, hier liegt ein Buch an der Reihe, das die Bauarbeiter mit allen Gelegenheiten dieses lehrreiche, fesselnde und billige Buch „Die Baraber vom Waldensee“ zum Beispiel besprechen werden! Jeder Bauarbeiter soll das Werk lesen, und wer es kauft, fördert die literarische Unterhaltung über die Bauarbeiter! Er trägt dazu bei, daß auch weiterhin schriftstellerisch begabte Bauarbeiter durch das Buch zur Deffektivität und zu ihren Berufskollegen sprechen können.

Die Tätigkeit der Arbeitsgerichte 1930.

Nach den Ausweisen des Statistischen Reichsamtes über die Tätigkeit der Arbeitsgerichte gegenüber dem Vorjahre von 527 auf 492 verringert. Die Zahl der Landesarbeitsgerichte ist auf 80 auf 64 zurückgegangen.

Bei den Arbeitsgerichten wurden 1930 rund 438 000 Fälle bearbeitet gegen 427 000 im Jahre 1929. Die Rechtsstreitigkeiten sind also um rund 11 000 Fälle gestiegen.

Bei den Landesarbeitsgerichten wurden 20 000 Berufungen gegen 18 700 im Jahre 1929 eingeleitet. Davon wurden 3650 durch Vergleich und 780 durch Vermittlungserfolg erledigt.

Beim Reichsarbeitsgericht wurden 1930 insgesamt 953 Revisionen gegen 956 im Jahre 1929 angebracht. Durch Vermittlungserfolg wurden 36, auf andere Weise 107 erledigt.

Soziale Baubetriebe widerstehen dem Krisensturm.

Nirgends wüßte die Krise stärker als in der Bauwirtschaft. Von diesem darniederliegenden Schlüsselgewerbe gehen verstärkte Niedergangswirkungen auf die Gesamtwirtschaft aus.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Gesamtverlustrag von rund 1,35 Millionen aus, von denen noch Abzug sämtlicher Anfohlen, Abschreibungen und Rückstellungen für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1930/31 ein Reinertrag von rund 195 630 M. verbleibt.

Die Bauarbeiter und die Notverordnungen.

Daß sich die Bauarbeiter ganz besonders der liebevollen Betreuung der Behörden, sei es durch Maßnahmen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung oder durch Notverordnungen der Reichsregierung, erfreuen, ist bekannt.

Eine der schlimmsten Olfisphäre der Juni-Notverordnung, besonders für die Bauarbeiter, war die Verlängerung der Wartzeit. Bei der sehr oft kurzfristigen Beschäftigung der Bauarbeiter ist es durchaus keine Seltenheit, daß Bauarbeiter zwei-, drei- und viermal in einem Jahre eine Wartzeit von 21, 14 oder 7 Tagen durchmachen müssen.

— einen Durchschnittsverdienst von 42 bis 45 M. nachweisen, dann erhalten sie ohne Zuschlagempfang 9,45 M., mit einem Zuschlagempfang 18,20 M. mit zwei 14,85 M., mit drei 16,50 M., mit vier 13,10 M. und mit fünf Zuschlagempfangern 19,80 M. für die Woche.

Mittlerweile hat eine neue Verordnung der Reichsregierung und eine neue Notverordnung der Reichsregierung das Bild der Welt erheit. Daß auch bei diesen Verordnungen nicht die Bauarbeiter vergessen worden sind, ist eine Selbstverständlichkeit.

Wie stehen wir als Gewerkschafter zu den politischen Vorgängen der letzten Zeit?

Dieses äußerst aktuelle Thema wird in der nächsten Bundes-Tribüne erörtert werden. Sie erscheint in der Nummer 48 des Grundstein.

Lehrjungen ist heute noch keineswegs abgehoben, mienel Notverordnungen bis Ende März noch das Licht der Welt erblicken und welche „Annehmlichkeiten“ oder Spitzfindigkeiten sie den Arbeitslosen im allgemeinen und den Bauarbeitern im besonderen bringen werden.

Zur Frage der Lehrlingshaltung.

Der Bundesvorstand hat am 17. Oktober an den Handwerks- und Gewerkekammerrat, Hannover, ein Schreiben gerichtet, in dem eingangs auf die große Zahl der arbeitslosen Lehrlinge verwiesen wird, die von Jahr zu Jahr gestiegen sind.

Die Lehrlinge haben während des Auslesens keinen Verdienst, sie sind auch zum großen Teil nicht in der Sozialversicherung. Im Verhältnis zum Umfang der durchgeführten und durchzuführenden Bauarbeiten ist die Lehrlingshaltung im Augenblick so groß, daß nur ein geringer Teil der Lehrlinge eine ordnungsgemäße Ausbildung erhält.

Gefundene Nummern des „Grundstein“ werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinem inorganisierten Arbeitskollegen!

In der Eingabe wird zum Abschluß dann gebeten, aus den angeführten Gründen die Handwerks-Gewerkekammern und die Innungen anzurufen: 1. Bei der Einstellung von Lehrlingen im Baugewerbe ist jeweils zu prüfen, ob der Lehrherr imstande ist, die Lehrlinge mit Ausbildungsarbeiten zu beschäftigen.

Im Interesse eines gut ausgebildeten Facharbeiternachwuchses ist die entsprechend den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen notwendige Begrenzung der Lehrlingszahl erforderlich.

Staatspolitisch stark, sozialpolitisch schwach.

Auf der Tagung des Reichsparteiausschusses des Zentrums hielten Reichsanwalt Brünning und Reichsarbeitsminister Stegerwald Reden und legten den Kurs der Zentrumspartei für die nächste Zeit dar.

Die Nationalsozialistische Partei ist kein homogenes gewachsenes Gebilde, womit die schwierigen Aufgaben der Regierung in dem bevorstehenden schweren Winter gelöst werden können.

Die Lehrlinge sind heute noch keineswegs abgehoben, mienel Notverordnungen bis Ende März noch das Licht der Welt erblicken und welche „Annehmlichkeiten“ oder Spitzfindigkeiten sie den Arbeitslosen im allgemeinen und den Bauarbeitern im besonderen bringen werden.

Die Lehrlinge haben während des Auslesens keinen Verdienst, sie sind auch zum großen Teil nicht in der Sozialversicherung. Im Verhältnis zum Umfang der durchgeführten und durchzuführenden Bauarbeiten ist die Lehrlingshaltung im Augenblick so groß, daß nur ein geringer Teil der Lehrlinge eine ordnungsgemäße Ausbildung erhält.

Die Lehrlinge sind heute noch keineswegs abgehoben, mienel Notverordnungen bis Ende März noch das Licht der Welt erblicken und welche „Annehmlichkeiten“ oder Spitzfindigkeiten sie den Arbeitslosen im allgemeinen und den Bauarbeitern im besonderen bringen werden.

Profistreiben der Privatwirtschaft zu begegnen und damit die Gefahr einer ungeschicklichen Verkennung der Baute...

Sagen. Es ist Pflicht der Arbeiter, für die Konsumgenossenschaftsbewegung einzutreten. Viele unserer Kollegen sind alte Mitglieder dieser Bewegung...

Witzburg. Die Oberpostdirektion Witzburg erhielt für Erdbehebungsarbeiten zu einem größeren Garagenneubau vom Reich Zuschüsse. Diese Arbeiten boten etwa vier Monate hindurch ungefähr 70 Bauarbeitern Beschäftigung...

Kempten. (A r t i k e l). Am 2. November verstarb nach kurzer Krankheit der langjährige Vorsitzende unserer Jahreshilfe Memmingen, Kollege Karl Fuchs. Er war einer unserer Vorgesetzten. Stets fand er bei allen Gelegenheiten als erster im Gespräch...

Klein. Am 11. Oktober beging unsere Fachgruppe Bontour die Ehrung von acht Kollegen, die nunmehr der Fachgruppe 25 Jahre angehören. Seit Gründung der Fachgruppe vor 28 Jahren sind jetzt 12 % ihrer Mitglieder 25 und mehr Jahre organisiert...

Retrospektive. Seit Jahren schreibt man nach Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne, um die Wirtschaft zu lenken. Daß der auf diese Weise erzielte Überfluß jedoch in die Taschen der Bauunternehmer fließt, und dadurch das Bauen um keinen Cent billiger kommt, das können diese Herrschaften nicht begreifen...

hundert Mark Sozialbeiträge, so daß ein Gewinn auf Kosten der Arbeiter in Höhe von rund 1300 M verblieb. Die Funktionäre, die jahrelang bei der Firma in Arbeit standen und diesfalls auch bei der Beschaffung von Aufträgen erfolgreich tätig waren, sind hinausgeworfen worden...

Dösch. (Sachliche Mitteilungen). Am 3. Oktober konnte unsere Offenheimer-Fachgruppe in Müllern auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Das gab unseren Teilnehmerkollegen Veranlassung, diesen Tag in entsprechender Weise zu feiern. Die Feier war einfach und schlicht...

Witzburg. Die Oberpostdirektion Witzburg erhielt für Erdbehebungsarbeiten zu einem größeren Garagenneubau vom Reich Zuschüsse. Diese Arbeiten boten etwa vier Monate hindurch ungefähr 70 Bauarbeitern Beschäftigung. Die ausführende Firma mußte die Gelegenheit unter anderem dazu aus, einige Arbeiter fagelung von dieser Baustandbaustelle wegzunehmen und an ihren freien Baustellen zu beschäftigen...

Witzburg. (Bestrafte Verleumdiger.) 20 M Geldstrafe oder zwei Tage Gefängnis und Tragung der Kosten...

Gerichtskosten ist die Strafe für den Maurer Josef Grömling von Rimpf, weil er in einer Versammlung ohne jeden Anlaß unseren Kollegen Wagner beleidigt hatte. „Du Schlack, du drecksiger, ich schlag dir das Bierglas auf den Kopf“, waren für seine Worte. Auf den Vergleichsvorschlag Wagner's, die Beleidigung im „Grundstein“ zurückzunehmen, ging Grömling nicht ein...

Aus den Fachgruppen

Ausfaller. Berlin. Am 17. Oktober sprach in unserer Fachgruppenversammlung Kollege K r i e g l i c h über die Lage der Aushalterlöhne in Berlin. Wenn in diesem Jahre noch einigermaßen Arbeitsmöglichkeiten vorliegen, so nur deshalb, weil Berlin das Poststandsprogramm durchgeführt hat...

Töpfer und Tiefenleger. München. Die Fachgruppe der Töpfer feierte am 31. Oktober in ihrem Vereinslokal das 25jährige Jubiläum der Kollegen Peller, Josef Müller, Genter und Scharrer. Unter Mitwirkung der Sängerrunde der Hafner, der Schmiedler Deubler und Schweiger, des Regiators Otto Berle und einer stolzen Musikkapelle wurde ein geliebtes Programm gegeben...

Vom Bau

Reinhold. (M Wasserum-Wassin er-trunken). In der hohen Kuppel des Reinholders Wasserums in der Hochstraße werden zurzeit Dachdeckerarbeiten ausgeführt. Der Dachdecker Wilhelm Gelling besitzt eine am Mauerwerk befestigte, über dem großen, mehr als tausend Kubikmeter fassenden und 18 Meter tiefen Wasserbassin hängende Leiter...

Politische Zeitnotizen

„Brüning und Hitler.“ Zwischen der Zentrum- und der nationalsozialistischen Presse ist eine heftige Diskussion über die Frage der Kooperationsbereitschaft der Nationalsozialisten im Gange. Sie ging aus von drei Fragen, die die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, unmittelbar an Hitler selbst richtete...

